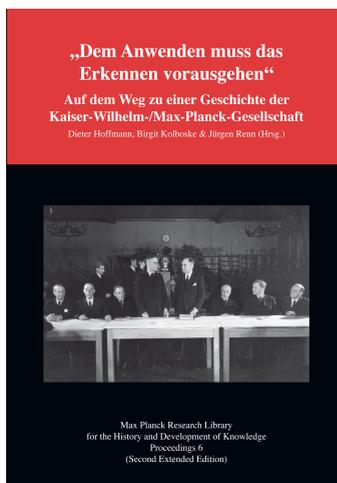


Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge

Proceedings 6

Ariane Leendertz:

Die Politik der Entpolitisierung: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften in Starnberg und Köln



In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hrsg.): *„Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen“ : Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (Second Extended Edition)*

Online version at <http://edition-open-access.de/proceedings/6/>

ISBN 978-3-945561-01-0

First published 2015 by Edition Open Access, Max Planck Institute for the History of Science under Creative Commons by-nc-sa 3.0 Germany Licence.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

Printed and distributed by:

Neopubli GmbH, Berlin

<http://www.epubli.de/shop/buch/43397>

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

Kapitel 8

Die Politik der Entpolitisierung: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften in Starnberg und Köln

Ariane Leendertz

8.1 Einleitung

Im Frühjahr 1981 stand die Max-Planck-Gesellschaft vor den Trümmern des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Dieses Institut war 1970 auf Vorschlag des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker gegründet worden und in der Tradition des Harnack-Prinzips auf dessen individuelle Forschungsinteressen zugeschnitten gewesen.¹ Auf Weizäckers Vorschlag war 1971 der Frankfurter Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas als zweiter Direktor berufen worden. Als 1976 die Berufung eines dritten Direktors scheiterte, begannen Diskussionen über die künftige Struktur und Ausrichtung des Instituts. Für die Max-Planck-Gesellschaft stellte sich die Frage, ob und in welcher Form Weizäckers Arbeitsbereich erhalten bleiben könne. Die Gründung des Instituts war umstritten gewesen und die Max-Planck-Gesellschaft hatte von Anfang an die Möglichkeit in Betracht gezogen, das Institut nach Weizäckers Emeritierung wieder zu schließen. 1979 entschied sie, dessen Arbeitsbereich nicht fortzuführen und das Institut als Max-Planck-Institut (MPI) für Sozialwissenschaften neu aufzustellen. Die Vorstellungen von Jürgen Habermas, denen die Max-Planck-Gesellschaft bei der Neustrukturierung folgte, ließen sich jedoch nicht realisieren. Am Ende dieses Entscheidungsprozesses wirkte das Institut von inneren Friktionen zerrissen und geriet mit immer neuen Schlagzeilen in die Presse, deren Höhepunkt im April 1981 der Rücktritt von Jürgen Habermas bildete.

Die Geisteswissenschaftliche Sektion und der Senat der Max-Planck-Gesellschaft stimmten deshalb im Mai 1981 für die Schließung des Instituts. Allerdings war sich die Sektion weitgehend einig, dass die Schließung nicht das Ende der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft bedeuten

¹Bei diesem Text handelt es sich um die erweiterte Fassung eines Vortrags. Einzelne Passagen sind übernommen aus Leendertz (2010) und nicht gesondert gekennzeichnet.

durfte, die sonst nur noch im MPI für Bildungsforschung vertreten waren. So gründete sie umgehend eine Kommission, die in den kommenden Jahren über die künftige Förderung der Sozialwissenschaften beriet. Aus diesen Beratungen ging 1984 das MPI für Gesellschaftsforschung unter der Leitung von Renate Mayntz hervor, das 1985 in Köln seine Arbeit aufnahm. Auch wenn es damals nur selten ausgesprochen wurde, so war Starnberg in allen Diskussionen um die Kölner Neugründung stets präsent. Das MPI für Gesellschaftsforschung entstand als Antwort auf ein gescheitertes Experiment und als Antithese zum Starnberger Institut. Ich habe diese Geschichte der Kölner Gründung an anderer Stelle als „pragmatische Wende“ der Max-Planck-Gesellschaft in ihrem Umgang mit den Sozialwissenschaften bezeichnet.² Hier sollen die wichtigsten Etappen dieser Schließungs- und Gründungsgeschichte betrachtet und zu den Prozessen der „Verwissenschaftlichung der Politik“ und der „Politisierung der Wissenschaft“ in Beziehung gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund soll gezeigt werden, inwiefern die Kölner Neugründung als Ergebnis einer „Politik der Entpolitisierung“ interpretiert werden kann.

8.2 Wissenschaft als Problemlöser und Problemerzeuger

Unter „Verwissenschaftlichung der Politik“ ist die Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise in politische Entscheidungsprozesse zu verstehen.³ Wissenschaftliche Erkenntnisse fließen in den politischen Prozess ein, während umgekehrt politisch relevante Fragestellungen in die Wissenschaft hineingetragen werden: Die Verwissenschaftlichung der Politik und die Politisierung der Wissenschaft greifen ineinander, politische und wissenschaftliche Zielsetzungen werden auf institutioneller wie intellektueller Ebene miteinander verwoben. In der Bundesrepublik der 1960er und frühen 1970er Jahre wurde die Verwissenschaftlichung der Politik von der Überzeugung angetrieben, dass man politische Entscheidungen mit Hilfe wissenschaftlichen Wissens optimieren und die Politik damit rationaler und effizienter machen könne. Diese Form der Verwissenschaftlichung erfuhr in den 1960er Jahren einen rasanten Schub, und im Umfeld der namhaften Beratungsgremien und Kommissionen jener Jahre bewegte sich damals die spätere Kölner Gründungsdirektorin Renate Mayntz.

Der westdeutsche Verwissenschaftlichungsboom der Politik entfaltete sich im Einklang mit dem verbreiteten Fortschritts- und Modernisierungsdenken jener Zeit. Auch das Grundverständnis des Starnberger Gründungsdirektors Carl Friedrich von Weizsäcker und seine Konzeption des Forschungsprogramms waren von der Überzeugung geprägt, dass Wissenschaft und Technik zur Lösung der

²Leendertz (2010).

³Weingart (2001; 2003); Szöllösi-Janze (2004, 79–100); Ash (2010, 11–46).

Probleme der Menschheit und der Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen würden, die sie selbst mit geschaffen hatten. Hier lag die besondere Perspektive Weizsäckers. In seinem Gründungsvorschlag für die Max-Planck-Gesellschaft schrieb er 1967:

Die Wissenschaft hat die Lebensbedingungen der Menschheit radikal umgestaltet; noch weiter gehende Umgestaltungen sind zu erwarten. Als Beispiel genügt es, hinzuweisen auf die Veränderung der Weltpolitik durch die Waffentechnik und der Wirtschaft durch zivile Technologie, auf die durch Medizin und Hygiene herbeigeführte Bevölkerungsexplosion und auf die noch nicht absehbaren Konsequenzen künftiger Anwendungen neuer biologischer Erkenntnisse. Alle diese Entwicklungen sind ambivalent; sie bringen ebenso große Chancen wie Gefahren mit sich. Sie nötigen uns damit, Verantwortung für das Leben der Menschheit auch in solchen Bereichen bewusst zu übernehmen, die bisher dem natürlichen Lauf der Dinge überlassen waren. Friedenssicherung, Welternährung und Bevölkerungsbegrenzung sind die heute bekanntesten Beispiele dafür. [...] Um diese Verantwortung tragen zu können, bedürfen wir der Information über den gegenwärtigen Stand und die mutmaßliche Entwicklung der entscheidenden Faktoren in Gesellschaft, Technik und Wissenschaft.⁴

Im Besonderen sei es notwendig, „die Verwandlung unserer Welt durch die Wirkungen der Wissenschaft selbst mit wissenschaftlichen Mitteln zu studieren“.⁵ Das Institut sollte sich somit, wie Weizsäcker später formulierte, mit „Wirkungen zweiter Ordnung“ beschäftigen, mit unintendierten Nebeneffekten und den gesellschaftlichen Folgen und Risiken wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen.⁶ Der Soziologe Ulrich Beck hat das, mit deutlicher normativem Einschlag, Mitte der 1980er Jahre als „sekundäre“ beziehungsweise „reflexive“ Verwissenschaftlichung bezeichnet, die für ihn einen der kennzeichnenden Trends in der so genannten Risikogesellschaft bildet: Die Wissenschaft richte sich zunehmend kritisch auf sich selbst und mache die Verwissenschaftlichung selbst zum Gegenstand interdisziplinärer Forschung.⁷ Im Starnberger Institut wurde diese Perspektive Anfang der 1970er Jahre in

⁴Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 1. November 1967, 1, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft Berlin (AMPG), II. Abt., Rep. 1A, Senat, 61. SP/3, 30. November 1968.

⁵Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 15. Februar 1968, 14, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, Senat, 61. SP/3, 30. November 1968.

⁶Weizsäcker (1979, 49–94).

⁷Beck (1986, bes. 259–262).

Form der Wissenschaftsforschung institutionalisiert, die besonders durch ihre Thesen zur „Finalisierung der Wissenschaft“ bekannt geworden ist.⁸

So wie also die Verwissenschaftlichung der Politik zwei Dimensionen hat, ist auch unter Politisierung der Wissenschaft zweierlei zu verstehen: Zum einen bezeichnet das Konzept die Ausrichtung der Wissenschaft auf politisch relevante Forschungsthemen und Fragestellungen oder politische Regelungsfelder wie beispielsweise die Verteidigungs-, Sozial- oder Entwicklungspolitik. Zum anderen jedoch wird unter Politisierung der Wissenschaft auch die Parteipolitisierung oder Ideologisierung wissenschaftlicher Forschung verstanden. Im Folgenden soll es allerdings nicht darum gehen, die Starnberger Forschungen auf ihren ideologisch-normativen Gehalt zu prüfen. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Frage, inwieweit parteipolitische Positionen und ideologische Frontstellungen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse einer Wissenschaftsorganisation und sowohl auf das interne Image eines MPI als auch auf dessen Außenwirkung nahmen.

8.3 Verwissenschaftlichung und Politikberatung

Die Gründung des Starnberger Instituts muss vor dem Hintergrund der Expansion der wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik der 1960er Jahre betrachtet werden. Dieser Entstehungskontext ist wichtig, weil die politiknahe Konzeption das institutionelle Selbstverständnis Weizsäckers vor allem in den Anfangsjahren maßgeblich prägte. In den 1960er Jahren wurde in der Bundesrepublik immer wieder kritisiert, dass es keine vergleichbaren Thinktanks wie die amerikanische RAND-Corporation gab. Die Stiftung Wissenschaft und Politik wurde 1964 euphemistisch als „deutsche RAND-Corporation“ angekündigt, und auch im Fall des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt dienten amerikanische Einrichtungen als Vergleichsgröße.⁹ Im Januar 1967 kam in München eine illustre Runde deutscher Politiker und Wissenschaftsfunktionäre sowie deutscher und amerikanischer Wissenschaftler und Politikberater zusammen, um über Fragen der Wissenschaftsplanung und wissenschaftlichen Politikberatung zu diskutieren. Unter den Teilnehmern waren der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Adolf Butenandt, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates Hans Leussink, der Gründungsdirektor der Stiftung Wissenschaft und Politik Klaus Ritter sowie der Direktor des MPI für Physik und Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft Werner Heisenberg, zugleich Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung. Des Weiteren Heisenbergs Schüler Carl Friedrich von Weizsäcker, der Philosoph und Pädagoge Georg Picht und Kurt Birrenbach, einer der einflussreichen Atlantiker der CDU-/CSU-

⁸Siehe u.a. Böhme (1973, 128–144); Leendertz (2013).

⁹Hierzu und zum Folgenden Rudloff (2004, 216–257, 233–234).

Fraktion im Deutschen Bundestag. Von amerikanischer Seite nahm unter anderem Henry Kissinger teil, zu jener Zeit Direktor des *Defense Studies Programms* an der Universität Harvard und in multipler Beraterfunktion aktiv; außerdem Don K. Price, Dean der *John F. Kennedy School of Government* und Autor von *The Scientific Estate* (1965), einem Schlüsselwerk zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. Darüber hinaus waren mehrere Mitglieder des *President's Science Advisory Committee* (PSAC) zugegen. Diesem gehörten namhafte Physiker, Chemiker und Ingenieure an, die den amerikanischen Präsidenten über Chancen und Folgen technologischer Entwicklungen berieten.



Abb. 8.1: Das Sarnberger Institut, 1977.

Den Ausgangspunkt der Besprechung in München bildete die Feststellung, dass in der Bundesrepublik eine weitaus größere Kluft zwischen Wissenschaft und Politik existiere als in den USA. Anders als dort gebe es in Deutschland kein übergreifendes und der Regierungsspitze zugeordnetes Beratungsgremium für so wichtige Fragen des öffentlichen Lebens und politischen Handelns wie Abrüstung und die Nichtverbreitung von Atomwaffen, Bevölkerungswachstum, Entwicklungshilfe, Umweltschutz oder Infrastrukturentwicklung.¹⁰ Dies waren zum

¹⁰Ebd., 233f.

einen die Hauptthemen des PSAC, und zum anderen handelte es sich um einige der Schlüsselthemen, die Carl Friedrich von Weizsäcker in der von ihm geleiteten Forschungsstelle der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) in Hamburg bearbeitete. Genau diese Themen führte Weizsäcker im bereits zitierten Gründungsvorschlag für das Starnberger Institut an, den er ein dreiviertel Jahr nach dem Münchner Treffen bei der Max-Planck-Gesellschaft vorlegte.

Geboren 1912, hatte Weizsäcker Physik bei Heisenberg studiert, war bei selbigem habilitiert worden und ab 1936 am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik beschäftigt gewesen. Während des Krieges arbeitete er mit Heisenberg und anderen Wissenschaftlern am deutschen Uranprojekt, zuletzt 1944/45 am Bau eines Kernreaktors im so genannten Atomkeller im schwäbischen Haigerloch. Nach der Internierung in Großbritannien trat Weizsäcker als Abteilungsleiter in das 1946 in Göttingen neu eröffnete MPI für Physik ein und zählte in den fünfziger Jahren zu den Köpfen der westdeutschen Friedens- und Anti-Atombewegung. 1957 gehörte er zu den Unterzeichnern der Göttinger Erklärung, in der sich achtzehn namhafte deutsche Wissenschaftler gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aussprachen. Im selben Jahr folgte er dem Ruf der Universität Hamburg auf eine Professur für Philosophie, 1964 übernahm er dort die Leitung der Forschungsstelle der VDW.¹¹

In seinem Gründungsvorschlag verwies Weizsäcker mehrfach auf Entwicklungen in den USA, doch er wollte im Institut keine Auftragsforschung betreiben, sondern möglichst unabhängig und frei von verbands- und parteinahen Interessen arbeiten. Das Institut sollte Themen von „direkter praktischer Relevanz“ wählen¹² und dabei Einfluss auf politische Entwicklungen nehmen, dies jedoch nicht in Form „direkter Entscheidungshilfe“, sondern in Weizsäckers Worten durch „Bewusstseinsbildung“ und seine „pädagogische Wirkung“. ¹³ In Themensetzung und Vokabular griff das Programm bereits den 1970er und 1980er Jahren vor, wenn etwa von der Bedrohung und dem Schicksal der Menschheit, von Entwicklungsländern und Hungerkatastrophen, von Wettrüsten oder ABM-Systemen die Rede war. Die Themengebiete sollten gerade nicht in disziplinär spezialisierten Einzelstudien, sondern im kontinuierlichen interdisziplinären Gespräch untersucht werden, um ihre inneren Zusammenhänge herauszuarbeiten. Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft stimmte dem Vorschlag 1968 zu, hatte dabei jedoch auch eine Reihe von Bedenken.

¹¹Hierzu detailliert Hentschel und Hoffmann (2014).

¹²Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 1. November 1967, 3, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, Senat, 61. SP/3, 30. November 1968.

¹³Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 15. Februar 1968, 7, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, Senat, 61. SP/3, 30. November 1968.

Neben dem politischen Impetus betrafen die Bedenken die interdisziplinäre und thematische Breite des Instituts. Darüber hinaus kratzte Weizsäckers Programm am Fortschrittsverständnis einer naturwissenschaftlich-technisch orientierten Wissenschaftsorganisation, für die die gesellschaftlichen Risiken wissenschaftlicher Innovationen und Themen wie Friedensforschung, Umwelt oder Kriegsverhütung weitgehend ungewohntes Terrain darstellten. Vehementen Widerstand gegen die Institutsgründung leisteten Vertreter der chemischen Industrie im Verwaltungsrat und im Senat, insbesondere der Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft, der ehemalige Konzernchef und inzwischen Aufsichtsratsvorsitzender von BASF, Carl Wurster (1900–1974), sowie der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG, Karl Winnacker (1903–1989). Weizsäckers wichtigste Unterstützer Heisenberg und Butenandt setzten sich jedoch durch.¹⁴

Nach der Berufung von Jürgen Habermas umfasste das Institut zwei Arbeitsbereiche, wobei sich die Debatten über die Zukunft des Instituts am Arbeitsbereich I Weizsäckers entzündeten. Dieser beschäftigte sich mit den Themen Kriegsverhütung, Verteidigung und Strategie („Gruppe Strategieforschung“), Wissenschaftsforschung („Gruppe Wissenschaftsforschung“), Ökonomie der Entwicklungsländer, Umwelt und Wachstum („Gruppe Ökonomie“) sowie mit Grundlagen der Quantentheorie („Physikergruppe“) und philosophischen Fragen. Habermas befasste sich in seinem Arbeitsbereich mit ökonomischen Krisentendenzen in spätkapitalistischen Gesellschaften, der Erzeugung und Verarbeitung von Krisen durch administrative Handlungssysteme, mit Konflikt- und Rückzugspotentialen unter Jugendlichen sowie mit sozialwissenschaftlichen Grundlagenproblemen. Als wissenschaftliches Hauptwerk seiner Starnberger Zeit entstand die Theorie des kommunikativen Handelns, publiziert 1981.

8.4 Politisierung und Polarisierung

Im Verständnis vieler Mitarbeiter wie auch in der Öffentlichkeit galt das Institut als links und politisch. Weizsäcker wollte bevorzugt politisch kontroverse Themen aufgreifen, was bedeutete, dass wissenschaftliche Arbeiten nicht nur innerhalb der Sphäre der Wissenschaft, sondern unter gänzlich anderen Kriterien im politisch-öffentlichen Raum bewertet wurden. Zahlreiche Mitarbeiter ließen sich der Neuen Linken zurechnen, und Jürgen Habermas galt damals als bekennender Neomarxist. In den Diskussionen über die Hochschulgesetzgebung in Hessen hatte sich Habermas Ende der 1960er Jahre öffentlich als radikaler Reformler engagiert, und als politische Intellektuelle bezogen beide Direktoren in gesellschaftlichen Debatten und politischen Meinungskämpfen deutlich Position. Die

¹⁴Hierzu ausführlich Leendertz (2014); zur Gründung ebenfalls Laitko (2011).

Diskussionen der 1970er Jahre waren von teils hoch ideologisierten Lagerkämpfen geprägt. Auf der einen Seite standen die 68er und Neuen Linken, die zahlreichen Protest- und alternativen Bewegungen sowie eine radikale Minderheit, die sich dem Terrorismus verschrieb. Auf der anderen Seite bildete sich ab 1973/74 eine konservative Gegenbewegung, die sich in politisch-intellektuellen Kreisen namentlich um die Verfechter der so genannten Tendenzwende scharte. 1976 zog die CDU/CSU mit dem Motto „Freiheit statt Sozialismus“ in den Bundestagswahlkampf, die Grünen formierten sich im Umfeld von Massendemonstrationen gegen die Kernkraft und infrastrukturelle Großprojekte als neue Partei auf Bundesebene, und 1982 wurde Helmut Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum abgewählt.

Das Institut spaltete in politische Befürworter und politische Gegner, wobei Darstellungen in der Presse eine zentrale Rolle spielen. Seinen Befürwortern galt es als Speerspitze kritischer Wissenschaft in der Bundesrepublik, seinen Gegnern als linke Kadenschmiede. Diese Polarisierung setzte sich, wenn auch nicht in derselben Militanz, innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft fort und erschwerte eine unvoreingenommene Beurteilung der wissenschaftlichen Leistungen des Instituts. Jede Struktur- und Personalentscheidung der Max-Planck-Gesellschaft wurde de facto zu einer politischen Entscheidung, wie sich an der Berufung von Jürgen Habermas sowie an den Debatten über die Erweiterung und Ausrichtung des Instituts ab 1975 und an der gescheiterten Berufung von Ralf Dahrendorf zeigen lässt.

Die Berufung von Jürgen Habermas wurde sowohl in der Geisteswissenschaftlichen Sektion als auch im Senat von Bedenken begleitet. In der betreffenden Sitzung des Senats wurde über alle anderen Berufungen, die anstanden, offen abgestimmt, und jedes Mal war das Ergebnis einstimmig. Über Habermas' Berufung wurde dagegen geheim abgestimmt, und das Ergebnis war nicht einstimmig: 14 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.¹⁵ Vor der Abstimmung schrieb die Sektion in ihrem Bericht für den Senat:

Mit der Gründung des Instituts hat die Max-Planck-Gesellschaft wohl zum ersten Mal die Pflege einer Disziplin aufgenommen, deren Gegenstand nicht allein die Erkenntnis von Zusammenhängen in der Natur, der Geschichte oder des Rechts ist, [sondern] die vielmehr darauf gerichtet ist, Modelle und Pläne für politisches Handeln aufgrund der Erforschung existierender Bedingungen und gegebener Möglichkeiten zu entwickeln. In diesen Disziplinen [= Sozialwissenschaften] durchdringen sich bestimmte, vom For-

¹⁵Niederschrift über die 67. Sitzung des Senats am 24. November 1970, 37, AMPG, Niederschriften des Senats.

scher gesetzte oder akzeptierte Wert- und Zielvorstellungen mit Analysen gegebener Verhältnisse. Versuchung und Gefahr solcher Forschungsrichtungen liegen darin, dass die verfolgten Ziele nicht als solche, d.h. also als gesetzt, sondern als „notwendiges Ergebnis“ empirisch erforschter Entwicklungstendenzen dargestellt werden. [...]

Mit Herrn Habermas würde die Max-Planck-Gesellschaft nun einen Gelehrten berufen, in dessen Denken die sozialwissenschaftliche Forschung mit der Verwirklichung bestimmter praktisch-politischer Zielsetzungen und dem Streben nach Veränderung der Gesellschaft untrennbar verknüpft ist, und zwar in der Weise, dass diese Zielsetzung bereits die vorzunehmende Analyse im Ansatz bestimmt. Herr Habermas steht in betontem Gegensatz zu derjenigen Richtung der Sozialwissenschaften, die den Versuch macht, rein empirisch-analytisch zu arbeiten.

In der Sektion ist die Frage aufgeworfen und erörtert worden, ob die Berufung eines in dieser Weise engagierten Gelehrten in das Institut nicht die Gefahr von dessen einseitiger Ausrichtung mit sich bringen würde, zumal der besondere Einfluss der von Herrn Habermas vertretenen Gedankengänge auf die jüngere wissenschaftliche Generation bekannt ist.¹⁶

Hier wurde also auf Habermas' Nähe zur 68er Bewegung und zur Neuen Linken angespielt. Besonders interessant ist, dass Habermas' Position im Positivismusstreit gegen seinen eigenen wissenschaftlichen Zugang gewendet und die Möglichkeit „reiner“, das heißt, wertfreier und allein der wissenschaftlichen Wahrheit verpflichteter Forschung suggeriert wurde. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Kölner Gründungsdirektorin Renate Mayntz später ausdrücklich als Vertreterin des Zweiges der empirischen Sozialforschung akzeptiert wurde.

Auch in die Beratungen über eine Erweiterung des Instituts spielten politische Überlegungen hinein. 1975 wollten Habermas und Weizsäcker das Institut um eine dritte, ökonomische Abteilung mit einem zusätzlichen Direktor ergänzen. Zum einen wollten sie damit einen kompetenten Betreuer für die ökonomischen Arbeiten am Institut gewinnen; zum anderen sollte die Berufung institutionelle Fakten schaffen, die den Fortbestand des Instituts nach Weizäckers

¹⁶Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion zum Antrag, Prof. Dr. Jürgen Habermas zum Wissenschaftlichen Mitglied und Direktor an das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt zu berufen, 5. November 1970, 3–4, AMPG, II, Abt, Rep. 1A, Senat, 67. SP/DB: 24. November 1970.

Emeritierung 1980 garantieren sollten. Die zuständige Kommission der Geisteswissenschaftlichen Sektion sowie der Fachbeirat des Instituts waren jedoch der Ansicht, dass eine dritte Abteilung „zentrifugale Tendenzen“ am Institut verstärken würde und dass die Gefahr eines „Auseinanderfallens“ drohe, wenn es nicht beginne, sich thematisch und disziplinar stärker zu fokussieren. Zugleich wollte man durch eine zusätzliche Berufung keine Vorentscheidung über die Zukunft des Instituts treffen.¹⁷ Der Antrag scheiterte somit 1976 in der Sektion und im Senat. Doch offenbar spielten hierbei auch politisch motivierte Zweifel gegenüber dem vorgeschlagenen Kandidaten eine Rolle. So hieß es 1979 rückblickend im Verwaltungsrat der Max-Planck-Gesellschaft:

Bei der Berufung eines dritten Direktors hat das Institut einen Vorschlag gemacht, der so sehr ins linke Abseits gegangen ist, dass wir glaubten, dass es völlig verkehrt wäre, hier nachzugeben und den Weg weitergehen zu lassen.¹⁸

1977 dann begannen die Debatten über die Zukunft des Arbeitsbereichs I nach Weizsäckers Emeritierung. Es war klar, dass kein etwaiger Nachfolger dessen Forschungsgebiete in ihrer ganzen Breite würde abdecken können. Die Frage war nun, welche Gebiete ohne Weizsäcker fortgeführt werden konnten. Sie sollten deshalb in genügend enger Beziehung zum Arbeitsbereich von Jürgen Habermas stehen, wenn alle Forschungen weiter unter einem Dach vereint sein sollten. Diese Debatten waren existentiell für die Mitarbeiter und die Forschungsgebiete des Arbeitsbereichs I, denn in den 1970er Jahren wurde das Ausscheiden von Direktoren vielfach zum Anlass genommen, Institute umzustrukturieren oder sogar zu schließen.¹⁹ Die finanziellen Spielräume der Max-Planck-Gesellschaft waren bedeutend enger als in den Jahrzehnten davor. In den 1950er und 1960er Jahren verzeichnete der Gesamthaushalt durchgehend exorbitante Wachstumsraten von 50 bis zu 80 Prozent jährlich; in den 1970er Jahren waren es nur noch zwischen fünf und 20 Prozent. Vor diesem Hintergrund kam es erstmals zur Schließung von Instituten, da Neugründungen in erster Linie nur durch Schließungen oder interne Umwidmungen möglich waren. Zwischen 1972 und 1984, in der Amtszeit von Reimar Lüst, wurden 20 Abteilungen und Institute geschlossen und rund 550 Personalstellen umgewidmet (von insgesamt etwa 10.000, also 5,5 Prozent).²⁰ Die Zahl der Institute ging zwischen 1970 und 1975 von 49 auf 45 zurück.²¹

¹⁷Leendertz (2010, 22–24).

¹⁸Wortprotokoll der Diskussion im Verwaltungsrat am 15. März 1979, 8, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 7.

¹⁹Vgl. Vierhaus (1996, 129–138, 136).

²⁰Ebersold (1998, 155–173, 166f.).

²¹Hohn (1990, 54). Sie stieg dann aber wieder 1980 auf 49 und 1985 auf 54.



Abb. 8.2: Besuch des damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel (links) im Starnberger Institut 1976; daneben (v.li. n.re.) Konrad Zweigert, Carl Friedrich von Weizsäcker und Jürgen Habermas.

Im Starnberger Institut zeichnete sich 1977 rasch ab, dass allein die Wissenschaftsforschung thematisch zum Arbeitsbereich von Jürgen Habermas passte und der Arbeitsbereich I somit aufgelöst werden musste. 1978 gelang es dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Reimar Lüst, den Direktor der *London School of Economics*, Ralf Dahrendorf, als potentiellen neuen Direktor neben Habermas zu gewinnen. So entschied der Senat 1979, den Arbeitsbereich I zu schließen, Dahrendorf als zweiten Direktor neben Jürgen Habermas zu berufen und das Institut in ein MPI für Sozialwissenschaften umzustrukturieren. Habermas und Dahrendorf entwickelten hierzu ein gemeinsames Programm.

Die geplante Berufung Dahrendorfs, die bereits zum frühesten Zeitpunkt der Sondierungsgespräche publik wurde, provozierte allerdings Widerstand in Teilen des politisch konservativen Lagers, das eine Fortsetzung der Bonner sozialliberalen Koalition innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft drohen sah. Der *Bayern-Kurier* konstatierte etwa, Habermas behalte nun seine „marxistische Feste“, und der „Habermas-Kader“ werde nach Weizsäckers Ausscheiden noch für etliche

Ableger im Institut sorgen.²² Zugleich lancierte das Magazin *Der Spiegel* Namen von zwei weiteren potentiellen Direktoren, die wie Habermas zum linken politischen Spektrum zählten (Thomas Ellwein, Klaus von Beyme),²³ denn Habermas und Dahrendorf wünschten sich zwei weitere Direktoren. Der Entscheidungsprozess der Max-Planck-Gesellschaft stand unter öffentlicher Beobachtung, und die politischen Wellen, die er schlug, erfassten auch die Gremien der Wissenschaftsorganisation. Der vermeintlichen Gefahr eines angeblichen Linksdralls suchte der Verwaltungsrat umgehend entgegenzutreten. Vor der Entscheidung des Senats über die Berufung Dahrendorfs sollte selbiger dem Präsidenten garantieren, dass es bei den weiteren Direktorenposten zu einer „ausgewogenen Besetzung“ kommen werde.²⁴

Der Beschluss wiederum, den Arbeitsbereich von Weizsäcker zu schließen, rief einen Sturm der Entrüstung auf der anderen Seite des politischen Spektrums hervor. Kritische Wissenschaftler, so der Verdacht bei vielen der Starnberg-Befürworter in Presse und Öffentlichkeit, sollten nun mundtot gemacht und unbequeme Fragen unter den Teppich gekehrt werden. Nicht allen erschien es plausibel, dass der umfassende Anspruch des Instituts in der Forschungspraxis nicht einzulösen war und dass die interdisziplinäre Breite viele der Wissenschaftler, die sich mit fachfremder Materie beschäftigten, überfordert und das Forschungsprogramm überfrachtet hatte. Allerdings lehnte Dahrendorf den Ruf im Mai 1979 ab. Habermas ließ sich überreden, ein weiteres Konzept auszuarbeiten, nun mit dem Entwicklungspsychologen Franz Weinert (1930–2001) und dem Soziologen Wolfgang Schluchter als weiteren Direktoren. Weinert sagte 1980 zu, Schluchter (*1938) sagte ab, Weinert wurde berufen, aber bevor die Arbeit beginnen konnte, trat Habermas im April 1981 zurück. Er hatte bereits länger einen Rücktritt erwogen, und am Ende gaben zwei Dinge den Ausschlag: Erstens hatte die Universität München Habermas 1979 ein zweites Mal eine Honorarprofessur verweigert (das erste Mal 1973), beide Male weniger aus wissenschaftlichen denn aus politischen Gründen, und im zweiten Fall war es wohl der lange Arm der Bayerischen Staatsregierung, der ein Votum der Universität verhinderte. Der zweite Grund war, dass vier Mitarbeiter Weizsäckers, Angehörige des Arbeitsbereichs I, vor dem Münchner Arbeitsgericht gegen die Kündigungen prozessierten, die Habermas ihnen nach langem Zögern ausgesprochen hatte. Neben einer öffentlichen Schmutzkampagne befürchtete Habermas, dass die Klage erfolgreich sein werde. Doch sah er sich außer Stande,

²² „Linke Zellteilung in Starnberg“, in: Bayern-Kurier, 11. November 1978.

²³ „Faustisches Projekt“, in: *Der Spiegel*, 11. Dezember 1978.

²⁴ Wortprotokoll der Diskussion im Verwaltungsrat am 15. März 1979, 13, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 7.

für diese Mitarbeiter die Verantwortung als Direktor zu tragen und mit ihnen in einem Institut zu arbeiten.²⁵

Die Reaktionen in der Presse waren heftig und bestimmten über einige Tage die Schlagzeilen. Der *Rheinische Merkur* titelte „Jürgen Habermas wirft das Handtuch. Götterdämmerung im Grand Hotel Abgrund“ (15. Mai 1981), und aus der Sicht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* beendete der Rücktritt von Habermas „eines der unrühmlichsten Kapitel in der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft“:

Missverständnis, Rechthaberei, Naivität, Starrköpfigkeit, Politik und Eitelkeit haben selten so eng zusammengewirkt wie beim Untergang der von Carl Friedrich von Weizsäcker mit hohen Erwartungen 1970 gegründeten Forschungseinrichtung, die sich bis Mitte vergangenen Jahres noch „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ nannte.²⁶

Um seine Meinung gebeten, äußerte der gerade erst berufene und nach Habermas' Rücktritt einzige verbliebene Direktor Franz Weinert folgende Einschätzung:²⁷ Das Institut sei erstens, wie ihm die letzte Mitarbeiterversammlung zeigte, in seiner inneren Mentalität zutiefst beschädigt. Zweitens sei es durch die Berichte in der Presse in seinem Ruf derart beeinträchtigt, dass es kaum mehr möglich sein werde, qualifizierte Wissenschaftler für das Institut zu gewinnen. Es sei praktisch schon destruiert. Auch er sei der Meinung, dass das Institut geschlossen werden müsse, und so geschah es. Für Weinert wurde kurz darauf das MPI für psychologische Forschung in München neu geschaffen.

8.5 Die Politik der Entpolitisierung

Zugleich begannen 1981 neue Beratungen über die Zukunft der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft. Auf der zuständigen Kommission der Geisteswissenschaftlichen Sektion lasteten erhebliche Hypotheken. Nach der Schließung des Starnberger Instituts stand sie vor einer Reihe teils unausgesprochener Notwendigkeiten, die das Ergebnis der Debatten maßgeblich beeinflussten und die Ausrichtung eines neuen sozialwissenschaftlichen Instituts

²⁵Siehe hierzu die ausführliche Presseerklärung der Max-Planck-Gesellschaft: MPG-Pressinformation 8/81, „Jürgen Habermas tritt zurück“, 13. April 1981, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 8.

²⁶„Davor hatte ich Angst“, in: *Der Spiegel*, 4. Mai 1981.

²⁷Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der MPG, 21. Mai 1981, 12, AMPG, Niederschriften der Geisteswissenschaftlichen Sektion.

in Teilen vorbestimmten. Wollte man erfolgreich ein neues Institut gründen, musste die Kommission jene Fehler vermeiden und die Fronten überwinden, die sich in den Diskussionen um Starnberg offenbart und verfestigt hatten. Nach Starnberg konnte es in der Max-Planck-Gesellschaft nur ein sozialwissenschaftliches Institut geben, dessen wissenschaftliche und politische Ausrichtung den Skeptikern und ausgewiesenen Gegnern des Starnberger Instituts vermittelbar war. Die politischen Friktionen und Kontroversen der 1970er Jahre hatten auch die Max-Planck-Gesellschaft erfasst und zu Konflikten in ihren Gremien geführt. Es dürfte kaum im Interesse der Führungsspitze und der Mehrzahl der Wissenschaftlichen Mitglieder gelegen haben, diese Konflikte zu vertiefen. Man musste überdies eine politisch und kontrovers geführte Gründungsdebatte vermeiden, um nicht erneut das Interesse der Medien auf sich zu ziehen und das Image der Max-Planck-Gesellschaft in der Öffentlichkeit zu beschädigen. Der Gründungsprozess musste diskret ablaufen und mit einem tragfähigen Ergebnis abgeschlossen werden. Es galt der Öffentlichkeit und der Fachwissenschaft zu beweisen, dass die Max-Planck-Gesellschaft bereit und in der Lage war, sozialwissenschaftliche Forschung zu betreiben.

Den Vorsitz der Kommission übernahm der Entwicklungspsychologe Paul Baltes (1939–2006), Direktor des MPI für Bildungsforschung in Berlin. Bei der Berufung der auswärtigen Kommissionsmitglieder spielte zunächst politische Ausgewogenheit eine Rolle, wie folgender Einwurf in einem der Kommissionsprotokolle zeigt: „wenn Lübbe, dann auch Offe“.²⁸ Danach entwickelte die Kommission eine Reihe von Kriterien für ein mögliches neues Institut, die sich zuerst mit den Erfahrungen aus Starnberg erklären lassen: Erstens sollte es sich, in klarer Abgrenzung gegenüber anwendungs- und politiknaher Forschung, auf Grundlagenforschung konzentrieren. Zweitens sollte sein Forschungsschwerpunkt theoretisch und methodologisch bereits weitgehend etabliert sein, also nicht wie in Starnberg einen experimentellen, neuartigen Charakter haben. Man könnte dies etwas auf das Motto „keine Experimente“ zuspitzen. Drittens vermied die Kommission, über Personen zu diskutieren, und wollte sich zunächst einen Überblick über wünschenswerte Forschungsfelder verschaffen, um auf dieser Basis Institutskonzepte zu entwerfen.

In den konzeptionellen Diskussionen der Kommission spiegelten sich eine Reihe von Umbrüchen und Neuorientierungen wider, die die Entwicklung von Sozialwissenschaften und Soziologie in der Bundesrepublik seit Mitte der 1970er Jahre prägten. Zahlreiche Soziologen stellten die Frage, ob das Fach noch in der Lage sei, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse angemessen zu erfassen und mit den herkömmlichen Methoden einen Zugang zur gesell-

²⁸Handschriftliche Notiz eines Kommissionsmitglieds, o. A., ca. Oktober 1981, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Sozialwissenschaften I.

schaftlichen Wirklichkeit zu finden. Viele Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik waren in den 1970ern Veränderungen unterworfen, deren neue Qualität beispielsweise im Analyserahmen der industriellen Gesellschaft oder mit der klassischen Modernisierungstheorie nicht mehr greifbar erschien. Mit dem gesellschaftlichen Wandel veränderte sich der Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. In den Jahren, die der Expansion des Fachs und dem Boom sozialwissenschaftlichen Expertenwissens folgten, setzte eine Phase der Selbstreflexion ein. Dabei ging es nicht allein um eine Suche nach neuen Theorien, Methoden und Ansätzen. Man konstatierte die Politisierung der wissenschaftlichen Experten, deren Autorität durch fehlerhafte Prognosen und den Aufstieg von Gegenexperten zunehmend in Frage gestellt wurde. Die öffentliche Skepsis gegenüber wissenschaftlichem und technischem Fortschritt, die das Starnberger Institut schon früh vorweggenommen hatte, fand ihre Entsprechung bei den Wissenschaftlern selbst. Die Umsetzung ihres Beraterwissens hatte nicht immer so funktioniert, wie sie es sich vorgestellt hatten, und die „Soziologisierung“ weiter Bereiche des öffentlichen Lebens hatte ihre Begriffe und Deutungen der Sphäre wissenschaftlicher Kontrolle entzogen. Wesentlich deutlicher als noch in den 1960er Jahren befasste man sich mit den Defiziten des eigenen Fachs und fragte nach den Möglichkeiten, mit denen man diesen begegnen könnte. Auch Renate Mayntz tat dies damals.

Sie gehörte zu den sechs auswärtigen Experten, die die Findungskommission der Max-Planck-Gesellschaft 1983 einlud, um über drei alternative Konzepte zu diskutieren, die sie bis dahin erarbeitet hatte: ein Institut für kulturvergleichende Forschung, eines für vergleichende Sozialforschung und eines für Institutionenanalyse. Wiederum suchte die Kommission dezidiert nach Experten, die nicht parteiisch waren.²⁹ Der Vorschlag für ein Institut zum Kulturvergleich hatte letztlich kaum Chancen, da dieser – auf damals noch nicht gefestigter methodischer Basis und wenig handfest erscheinender Empirie – als zu unsicher und experimentell galt. Ein ehemaliges Kommissionsmitglied schrieb dazu rückblickend:

Wir wollten (nach Starnberg) eine empirische Gesellschaftsanalyse (also etwas wirklich Ernsthaftes), keine (damals vielleicht noch als "zu luftig" und "abgehoben" betrachtete) Kulturanalyse. [...] von einem *cultural turn* war damals wohl in unseren Kreisen noch keine Rede. *We wanted real social science!*³⁰

Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder sowie der übrigen fünf Experten schlug Renate Mayntz als geeignete Direktorin des neuen Instituts vor. Auf

²⁹Siehe das Wortprotokoll der 5. Sitzung der Kommission Sozialwissenschaften am 30. Januar 1983, 1, MPGA, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Sozialwissenschaften 2.

³⁰E-Mail an die Verfasserin, 5. November 2008.

Wunsch der Findungskommission skizzierte sie im Juli 1983 erstmals ihr Forschungsprogramm, das an die Vorarbeiten der Kommission zur vergleichenden Sozialforschung und zur Institutionenanalyse anschloss. In ihrem Programm manifestierte sich eine wissenschaftliche Neuorientierung, die sich seit Ende der 1970er Jahre in Mayntz' Forschungen angedeutet hatte. Ihre Studien zur politischen Steuerung und zur Implementationsforschung führten Mayntz Anfang der 1980er Jahre an die Grenzen sowohl der Policy-Forschung als auch der Möglichkeiten sozialwissenschaftlichen Wissens.

Mayntz gehörte zu der wissenschaftlichen Beratungselite, die sich seit Mitte der 1960er Jahre im Kontext der Reform- und Planungsprojekte der Bundesregierung formiert und sich eine umfassende Modernisierung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft zum Ziel gesetzt hatte. Zwischen 1966 und 1975 war sie Mitglied des Bildungsrates, der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform sowie der Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes gewesen. Sie zählte zu den wichtigsten Akteuren der eingangs beschriebenen Verwissenschaftlichung der Politik und war Teil einer, wie es der Soziologe Peter Wagner bezeichnet hat, „Diskurskoalition“ zwischen Sozialwissenschaftlern, Politikern und Spitzenbeamten, die politische Reformen und den Ausbau sowie die Optimierung eines steuernden und gestaltenden politisch-administrativen Systems eng miteinander verknüpfte.³¹ In den 1960er Jahren hatte sich in der Bundesrepublik die Überzeugung durchgesetzt, dass moderne und effektive Politik vorausschauende und planende Politik sein musste, die wissenschaftlicher Grundlagen und Prognosen bedurfte; auch, dass „Globalsteuerung“ sowie eine „integrierende Gesamtplanung“ und Koordinierung politischen und administrativen Handelns nicht nur notwendig, sondern aufgrund des verfügbaren Wissens auch möglich waren. Sozialwissenschaftler schienen die soziale Wirklichkeit objektiv erfassen und pragmatische Lösungen für gesellschaftliche und politische Probleme entwickeln zu können. Das politisch-administrative System sollte mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise dazu befähigt werden, effektiv zu planen, zu steuern und zu gestalten.

In der Praxis offenbarten sich allerdings rasch Hindernisse. Viele Reformprogramme scheiterten oder blieben in der Phase ihrer Implementation stecken. Bei der Umsetzung politischer Steuerungsvorhaben stießen Mayntz und ihre Kollegen bereits Anfang der 1970er Jahre auf Vollzugsdefizite und Wirkungsmängel, die sie ihrerseits zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung machten. Nun wurden die Bedingungen der Verwissenschaftlichung der Politik selbst untersucht, oder in den Worten von Ulrich Beck: die Verwissenschaftlichungsprozesse wurden nun ihrerseits verwissenschaftlicht.

³¹Wagner (1990, 391–398).

Gegen Ende der 1970er Jahre kam Mayntz zu folgendem Schluss: Die Ursachen für Vollzugsdefizite und Wirkungsmängel politischer Programme lagen nicht allein in den Eigenheiten und Komplexitäten des Policy-Prozesses selbst oder den unterschiedlichen Rationalitäten und Funktionsweisen des Wissenschafts- beziehungsweise politisch-administrativen Systems. Sie hatten ebenfalls mit der Beschaffenheit der Problem- und Regelungsfelder sowie mit einem verfehlten Verständnis vom Charakter und den Möglichkeiten sozialwissenschaftlichen Wissens zu tun. Das verfügbare sozialwissenschaftliche Wissen erlaubte Mayntz zufolge lediglich Aussagen über einfache Kausalbeziehungen, nicht jedoch über komplexe Faktorenkombinationen. Die modernen Gegenwartsgesellschaften der 1970er und 1980er Jahre zeichneten sich aber ins Mayntz' Augen gerade durch eine ausgesprochen komplexe Binnenstruktur aus, mit der wiederum erhebliche Dynamiken verbunden waren. Funktionale Differenzierung und Interdependenzen zwischen den einzelnen Sektoren, zahllose Akteure und Handlungszentren, internationale Verflechtungen und Abhängigkeiten sowie das rasante Tempo technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels machten Aussagen vom Typ „wenn A, dann B“ und damit verlässliche Prognosen über die Wirkungen politischer Maßnahmen unmöglich.³²

Mit der „fehlenden kognitiven Sicherheit“ – beispielsweise über die Ursachen des Terrorismus oder der Arbeitslosigkeit – verloren die Aussagen des Wissenschaftlers nicht nur in Renate Mayntz' Augen ihren zwingenden Charakter und entsprechende politische Maßnahmen an Legitimität. Die „Regelungsfelder“ seien mittlerweile äußerst komplex, ihre Strukturen und funktionalen Interdependenzen seien immer mehr gewachsen, damit seien die „kognitiven Voraussetzungen“ zielsicherer Intervention gestiegen, schrieb Mayntz 1979.³³ Sollten politische Steuerung und Intervention in der modernen Gegenwartsgesellschaft funktionieren, dann musste man neue kognitive Sicherheiten gewinnen: Wissen über eine komplexe, dynamische Gesellschaft und die Eigenarten ihres politisch-administrativen Systems. Hier lagen die Wurzeln des Institutsprogramms, das sie für die Max-Planck-Gesellschaft entwickelte.

Das Institut sollte sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung betreiben und langfristig einen Beitrag zu einer empirisch fundierten Gesellschaftstheorie leisten. Sein Gegenstand sollten hochentwickelte, komplexe Gegenwartsgesellschaften sein, die durch das Spannungsverhältnis zwischen eigendynamischen Prozessen und kollektiven Steuerungsversuchen gekennzeichnet waren. Die Forschungsprojekte sollten an zentralen Elementen der gesellschaftlichen Binnenstruktur ansetzen, und zwar an solchen, die Einblicke in die internen Systemdynamiken ermöglichten: an funktionellen Teilsystemen, an organisatorischen

³²Mayntz (1978, 258–263; 1980, 309–320).

³³Mayntz (1979, 55–81).

Netzwerken und an institutionellen Komplexen, etwa im Bereich des Gesundheitswesens, in Forschung und Wissenschaft oder in Politik und Verwaltung. Der besondere Forschungsansatz sollte in der Kombination von Gesellschaftstheorie und empirischer Institutionenanalyse liegen; über den Zugang der Institutionenanalyse sollten sowohl eine Verbindung von Mikro- und Makroebene als auch von Gesellschaftstheorie und empirischer Forschung gelingen.³⁴

Mayntz bot der Max-Planck-Gesellschaft die perfekte Antwort auf die Notwendigkeiten nach Starnberg. Sie war nicht nur eine international anerkannte Wissenschaftlerin, sondern ließ sich auch keinem politischen Lager zuordnen. Anders als Weizsäcker und Habermas äußerte sie weder die Absicht, sich mit politisch kontroversen Themen zu befassen, noch sich mit dem Institut in öffentliche Debatten einzuschalten. Ihre Betonung von Empirie beruhigte diejenigen, die hinter zu viel Theorie Ideologie vermuteten, und gleichzeitig garantierte der Schwerpunkt auf Grundlagenforschung, dass sich das neue Institut nicht unmittelbar in politische Fragen einzumischen und Anwendungswissen zu produzieren gedachte. Der Neugründungsprozess war von einer Politik der Entpolitisierung geprägt, wie sich an den Bemühungen der Kommission immer wieder ablesen lässt. Besonderen Ausdruck fand diese Politik in der Wahl der Person und in der Definition des Forschungsfeldes. Das Institut sollte sowohl innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft als auch in den Medien möglichst wenig Angriffsfläche bieten oder Konfliktpotential entwickeln. Zudem gelang die Entscheidungsfindung unter Ausschluss der Medien – einem Akteur, der im Fall von Starnberg wiederholt für Unruhe und politische Polarisierung gesorgt hatte. Man traute Mayntz überdies eine professionelle Leitung des Instituts zu, die die Umsetzung ihres Forschungsprogramms und damit konkrete Ergebnisse sicherstellen würde. Und schließlich konnte die Max-Planck-Gesellschaft, auch wenn dies damals in keinem der Gremien zur Sprache kam, mit Mayntz nach Margot Becke die zweite weibliche Direktorin in ihrer Geschichte berufen. Am 9. März 1984 votierte der Senat der Max-Planck-Gesellschaft einstimmig für die Berufung von Renate Mayntz und die Gründung eines Instituts auf der Grundlage ihres Programms. Im November desselben Jahres erhielt das neue Institut den Namen „Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung“, und Köln wurde als Standort festgelegt.

³⁴Renate Mayntz, Skizze eines Forschungsprogramms für ein sozialwissenschaftliches Institut, das die gesellschaftliche und die institutionelle Analyseebene miteinander verbindet, 5. Juli 1983, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Sozialwissenschaften 1a; Renate Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm eines Max-Planck-Instituts für soziologische Forschung, September 1983, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, Senat, 107. SP/DB, 9. März 1984.

Bibliographie

- Ash, Mitchell G. (2010). Wissenschaft und Politik: Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50:11–46.
- Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Böhme, Gernot, Wolfgang van den Daele und Wolfgang Krohn (1973). Die Finalisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 2(2):128–144.
- Ebersold, Bernd (1998). 50 Jahre im Dienste der Gesellschaft: Zur Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft als Forschungsorganisation. In: *Forschung an den Grenzen des Wissens: 50 Jahre Max-Planck-Gesellschaft 1948–1998*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 155–173.
- Hentschel, Klaus und Dieter Hoffmann (2014). *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik, Philosophie, Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Hohn, Hans Willy und Uwe Schimank (1990). *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem: Akteurskonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Laitko, Hubert (2011). Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess. In: *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010*. Hrsg. von Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, 199–237.
- Leendertz, Ariane (2010). *Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- (2013). „Finalisierung der Wissenschaft“: Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik. *Mittelweg* 36 22(4):93–121.
- (2014). Ein gescheitertes Experiment: Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas and die Max-Planck-Gesellschaft. In: *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik, Philosophie, Friedensforschung*. Hrsg. von Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann. im Druck. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 243–262.
- Mayntz, Renate (1978). Folgerungen für die Forschung auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik. In: *Zukunftsorientierte Planung und Forschung für die 80er Jahre: Deutsche und amerikanische Erfahrungen im Bereich der Erziehungs-, Wohnungs-, Beschäftigungs-, Gesundheits-, Energie- und Umweltpolitik*. Hrsg. von Stephen J. Fitzsimmons, Rudolf Wildenmann und Kenneth J. Arrow. Königstein/Ts.: Athenäum, 258–263.
- (1979). Regulative Politik in der Krise? In: *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages 1979 in Berlin*. Hrsg. von Joachim Matthes. Frankfurt a.M.: Campus, 55–81.
- (1980). Soziologisches Wissen und politisches Handeln. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 6:309–320.
- Rudloff, Wilfried (2004). Verwissenschaftlichung der Politik? Wissenschaftliche Politikberatung in den 1960er Jahren. In: *Das Wissen des Staates: Geschichte, Theorie und Praxis*. Hrsg. von Peter Collin und Thomas Horstmann. Baden-Baden: Nomos, 216–257.
- Szöllösi-Janze, Margit (2004). Politisierung der Wissenschaften: Verwissenschaftlichung der Politik: Wissenschaftliche Politikberatung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. In: *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*. Hrsg. von Stefan Fisch und Wilfried Rudloff. Duncker & Humblot, 79–100.
- Vierhaus, Rudolf (1996). Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip: Mythos und Realität. In: *Die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin: De Gruyter, 129–138.

- Wagner, Peter (1990). *Sozialwissenschaften und Staat: Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Weingart, Peter (2001). *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.
- (2003). *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von (1979). Die Erforschung der Lebensbedingungen. In: *Diagnosen zur Aktualität*. Hrsg. von Carl Friedrich von Weizsäcker. München: Hanser, 49–94.